

Archiv

Verband der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn

27. Juli



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/168 - 27. Juli 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 5

Sperrfrist bis Mittwoch,  
den 27. Juli 1960, 24.00 Uhr

Sicherheitspolitik 263

Von Fritz Erlor, MdB

Mitglied des Präsidiums der SPD

\* \* \*

6

Willkommener Gast aus Thailand 43

Weltreise mit "Station Bundesrepublik"

6a

Die innere Sicherheit der Bundeswehr 29

Anregungen für den Verteidigungsausschuss

7 - 8 Sozialdemokraten in der Verantwortung  
Aufbauleistungen in deutschen Städten

"Essen ist eine einzige Baustelle" 94

Von Oberbürgermeister Wilhelm Nieswandt

\* \* \*

Zur Beachtung:

In der morgigen Ausgabe des Pressedienstes veröffentlichen wir einen Artikel von Dr. Julius B r e c h t, MdB, unter dem Titel:

Vorzögerungen im Wohnungsbau für Flüchtlinge

Bürokratismus hemmt zügiges Bauen

\* \* \* \* \*

Sperrfrist bis Mittwoch,  
den 27. Juli 1960, 24.00 Uhr

### Sicherheitspolitik

Von Fritz Erler, MdB

Mitglied des Präsidiums der SPD

Sicherheitspolitik enthält, solange kein wirksames kontrolliertes Abrüstungsabkommen zustande gekommen ist, selbstverständlich auch die militärischen Anstrengungen - aber nicht nur diese. Sicherheitspolitik ist ein Ganzes aus:

- a) den aus der Lage sich ergebenden militärischen Bemühungen,
- b) einer Politik, welche die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes zielbewußt zu mindern sucht und infolgedessen die Abrüstungsbemühungen tatkräftig unterstützt, und
- c) innerer Stabilität, welche die eigene Ordnung gegen die politischen Einwirkungen des Gegners unempfindlich macht.

In diesem Lichte ist es erschütternd, wenn der Verteidigungsminister auf die Frage, ob er in Amerika auch über Abrüstung gesprochen habe, wörtlich antwortet: "Das ist nicht meine Aufgabe". Die Abrüstungsprobleme gehören genau so zur Sicherheitspolitik wie die Gestaltung des militärischen Beitrages, solange die Abrüstung keine Fortschritte macht.

Gleichermäßen erschütternd ist es, wenn in der heutigen Lage die Bundesregierung aus partei-egoistischem Machtbestreben und nur im Blick auf die Bundestagswahlen dadurch die innere Stabilität unseres Bundesstaates so entscheidend gefährdet, daß sie mit ihrem Handstreich auf das Fernsehen das Verhältnis von Bund und Ländern belastet.

Zur inneren Stabilität gehört, daß in Lebensfragen der Nation ein möglichst hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den tragenden politischen Kräften erstrebt wird. Die von der Sozialdemokratischen Partei geforderte und hoffentlich in den künftigen Arbeiten des Parlaments und seiner Ausschüsse in Gang kommende gemeinsame Bestandsaufnahme unserer außenpolitischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten umfaßt vor allem folgende Probleme:

- 1) Wie ist wirksam und rechtzeitig zu verhindern, daß durch einseitige Aktionen der Status Deutschlands und vor allem seiner Hauptstadt Berlin zu unserem Nachteil verändert wird?
- 2) Wie kann der Gefahr begegnet werden, daß sich die Welt in wachsendem Ausmaß mit der Spaltung Deutschlands abfindet, was muß also geschehen, um die deutsche Frage international im Gespräch zu halten?
- 3) Was kann auch die deutsche Politik tun, um die für die gesamte Menschheit entscheidend wichtigen Abrüstungsdiskussionen aus der derzeitigen Sackgasse herausbringen zu helfen?

In diesen drei entscheidenden Fragen muß die deutsche Politik die größten Anstrengungen machen, um Schaden von unserem Volk abzuwenden. Wenn die Regierung glaubt, sie hätte ein Durchdenken dieser Fragen nicht nötig, weil ihre Gedanken des Jahres 1950 auch heute zur Beantwortung ausreichen, wird sie bald durch die Ereignisse eines anderen belehrt werden. Und wenn sie gar meint, in den kommenden harten Bewährungsproben unseres Volkes auf ein möglichst hohes Maß an Übereinstimmung aller demokratischen Kräfte verzichten zu können, dann schadet sie dem eigenen Volk. Daß die Bundesregierung eine ehrliche Bestandsaufnahme und damit den ersten Schritt zur Feststellung dessen, was gemeinsam getragen werden kann, zu vermeiden sucht, ergibt sich aus der Art, wie sie stattdessen das Trennende betont und den Graben vertieft. Wer die Spaltung unseres Volkes je überwinden will, darf aber im freien Teil Deutschlands keine unüberbrückbaren Klüften schaffen.

Die Bestandsaufnahme für die Notwendigkeiten der nächsten Runde unserer Außenpolitik ist nicht mit dem Problem identisch, mit dem die Bundesregierung es gleichzusetzen sucht: mit der Frage, ob die Bundeswehr mit atomaren Waffen ausgestattet werden soll oder nicht. Die Entscheidung dieser Frage nach der einen oder anderen Seite ist noch kein Ersatz für Politik.

Dennoch ist es nützlich, die gegenwärtige Lage und ihre Konsequenzen für unser Volk auf dem Gebiete der militärischen Sicherheit nüchtern darzustellen. Die Welt lebt im Gleichgewicht der militärischen Kraft der beiden Führungsmächte in West und Ost. Niemals hat die Sozialdemokratische Partei eine einseitige Änderung dieses Gleichgewichtes zum Nachteil des Westens gefordert. Solange der Rüstungsstand nicht durch gleichwertige, kontrollierte Abrüstungsschritte beider Seiten auf ein weniger gefährliches und für die Völker besser erträgliches Maß heruntergebracht werden kann, ist auch die Vergeltungsmacht der Vereinigten Staaten angesichts des sowjetischen Atom- und Raketenpotentials eine unentbehrliche Sicherheitsvorkehrung für den Westen, also auch für uns. Die Abrüstung atomarer wie herkömmlicher Waffen und Streitkräfte kann sich nur gleichwertig und unter Kontrolle auf beiden Seiten vollziehen. Einseitige Abrüstung des Westens, auch auf atomarem Gebiet, würde uns der Willkür sowjetischer Macht ausliefern.

Das Nein zur einseitigen Abrüstung des Westens muß doch aber kein Ja zur schrankenlosen Ausdehnung des atomaren Wettrüstens auf weitere Staaten bedeuten. Dieses würde im Gegenteil wegen der Kettenreaktion in West und Ost sowie bei den nichtgebundenen Staaten das vorhandene Gleichgewicht zerstören und damit unübersehbare Gefahren heraufbeschwören.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Teil eines Bündnisses, der NATO. Endlich hat man allgemein zur Kenntnis genommen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands loyal zu verfassungsmäßig geschlossenen Verträgen nach Text und Sinn steht, auch wenn sie gegen ihren Willen abgeschlossen wurden. Die leider notwendige Feststellung, daß in den Jahren des Ringens um diese Verträge Gelegenheiten für die Wiedervereinigungspolitik verpaßt wurden, bringt die nicht genutzten Chancen nicht zurück. Jetzt ist Außenpolitik nur auf der Grundlage dessen möglich, was vertraglich gilt. Daß dieser Rahmen für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands und die damit auftretenden Veränderungen der europäischen Szene zu eng ist, sieht wohl jedermann. Lösungen für diesen Fall müssen mit den Verbündeten rechtzeitig freundschaftlich erarbeitet werden, bevor man zu ernsthaften Deutschland-Verhandlungen kommt. Daran geht es aber heute - leider - nicht.

Die Bundesrepublik hat im Verband der Allianz den ihr angemessenen Teil auch der gemeinsamen militärischen Anstrengungen zu leisten. Das Bündnis beruht auf dem Gedanken der Arbeitsteilung. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien stellen die in der heutigen Lage erforderlichen Mittel der Abschreckung, die Bundesrepublik Deutschland dagegen zusammen mit anderen Partnern die der örtlichen Verteidigung.

Für diesen Zweck sind aber atomare Massenvernichtungsmittel untauglich.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Haltung dazu in Bad Godesberg am 5. November 1950 eindeutig klargemacht. In ihrem Grundsatzprogramm heißt es:

"Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Achtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt".

Nach den Plakaten, die vor kaum drei Jahren von der Bundesregierung überall angeschlagen wurden, und auf denen die Bundesregierung zur "Kampfe gegen den Atomtod in der ganzen Welt" aufrief, sollte dieses Ziel eigentlich von niemandem bestritten werden können.

Es heißt im Grundsatzprogramm weiter:

"Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden".

Es ist dabei ausdrücklich auf alle Massenvernichtungsmittel, nicht nur die atomaren, abgehoben. In den Hexenküchen der Weltmächte werden bakteriologische und chemische Kampfmittel entwickelt, die in gleicher Weise die Menschheit mit der Auslöschung bedrohen, wie es bei den Atomwaffen der Fall ist. Die Sozialdemokratische Partei will nicht, daß die Bundesrepublik Deutschland in diesen Wettlauf des Wahnsinns hineingerissen wird. Sie hat keinen Anlaß, ihre Haltung gegenüber den Massenvernichtungsmitteln aufzugeben. Die Gefahren der Ausdehnung der atomaren Bewaffnung auf weitere Armeen sind zu groß. Alle Wege zur Begrenzung des Atom-Clubs müssen gegangen werden, auch bevor die leider noch in weiter Ferne liegende allgemeine, kontrollierte Abrüstung der Weltmächte erreicht ist. Jeder Schritt auf diesen Wege ist zu begrüßen. Jeder Schritt von ihm weg führt zu erhöhten Gefahren.

Diese politische Überlegung hat z.B. die schwedische Regierung dazu veranlaßt, ihre eigene Entscheidung über die Aufnahme einer Forschung mit dem Ziel einer schwedischen Atomwaffenproduktion (Schweden als militärisch neutraler Staat kann ohne Aufgabe seiner Neutralität bekanntlich keine Atomwaffen von anderen erwerben) bis etwa zum Jahre 1965 zurückzustellen. Bis dahin will die schwedische Regierung auch den Sicherheitsbedürfnissen Schwedens durch eine Politik dienen, welche mit Vorrang das Ziel der Begrenzung des Atom-Clubs und damit der Offenhaltung der Möglichkeit, die Atomwaffen unter Kontrolle zu bringen und schließlich abzuschaffen, verfolgt. Erst wenn alle Anstrengungen in diesen Jahren nicht zu einer Beendigung des atomaren Wettrüstens führen und die Nachbarn Schwedens gleichfalls in das atomare Wettrüsten hineingerissen würden, wäre für Schweden eine neue Lage mit möglicherweise neuen Entschlüssen gegeben.

Von diesem Beispiel können wir eine ganze Masse lernen. Es zeugt davon, daß ein Land, dem es unbestrittenermaßen um die Landesverteidigung ernst ist und das direkt der sowjetischen Militärmacht gegenüberliegt, sich wegen der weltpolitischen Gefahren des Atomwettrüstens heute nicht zur Vorbereitung einer Ausstattung seiner Armee mit Atomwaffen entschließen kann. Schweden leugnet nicht, daß heute das weltpolitische Gleichgewicht auf dem Vorhandensein atomarer Abschreckungsmöglichkeiten in West und Ost beruht. Dieses Gleichgewicht wird dadurch aufrechterhalten, daß sich die Weltmächte in Besitz der entsprechenden atomaren Kapazitäten befinden. Die Verteilung auf kleinere Länder würde das Gleichgewicht eher zerstören.

Außer diesem auch für uns stichhaltigen sicherheitspolitischen Grund sprechen auch militärische Gründe gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Sie gehören nämlich zur Abschreckung und nicht zur Verteidigung. Deshalb gilt für sie der Satz, daß schwere Artillerie nicht in den vordersten Schützengraben gehört. Ein solcher Standort wäre eine direkte Aufforderung an den möglichen Gegner, im Konfliktfall zunächst diesen Standort auszuschalten und damit die Abschreckung unwirksam zu machen. Der Einsatz solcher Waffen an Boden bei einem Kampf in unserem dicht besiedelten Gebiet würde das zerstören, was es zu schützen gilt: das Leben unseres Volkes!

Der künstlich gemachte Unterschied von angeblichen "strategischen" und "taktischen" Atomwaffen täuscht über ihren Abschreckungscharakter hinweg. Die meisten Sachverständigen sind sich heute darüber einig, daß es einen wirklichen Unterschied zwischen sogenannten taktischen und strategischen Atomwaffen nicht gibt. Das atomare Infanteriegeschloß für den Kampf auf Sichtweite ist vorläufig eine Propagandafabel. In Wahrheit bedeutet der erste Atomschuß die Auslösung des allgemeinen Atomkrieges. Das macht sichtbar, daß die gesamte atomare Bewaffnung zur Abschreckung gehört und nicht zur Verteidigung, die man einsetzen kann, falls die Abschreckung versagt.

Sowohl Minister Strauß in Amerika erklärt hat: "Wir werden nie interkontinentale Raketen haben und nie im Sinne des Wortes strategische Waffen für uns beanspruchen"; ist jetzt auch die "Polaris" mit einer Reichweite von etwa zweitausend Kilometern innerhalb der NATO für die Bundeswehr im Gespräch. Der Minister ist eine eindeutige Erklärung schuldig geblieben, wie sich die Bundesregierung im NATO-Rat zur Einführung dieser Waffe in die Bundeswehr verhalten wird. Bisher sind schon der "Matador" und die "Wace" (mit Reichweiten von 800 und über 1 000 km) für die Bundeswehr erworben worden, beide nach Ansicht der Westeuropäischen Union Waffen der strategischen Kategorie.

Natürlich kann man aus einer Armee nicht jede Waffe verbannen, die auch Atomwaffen tragen könnte. Sonst müßte man z.B. die gesamte Luftwaffe abschaffen, weil jedes Flugzeug sowohl herkömmliche Bomben als auch Atombomben transportieren kann.

Gefährlich im Sinne der Zuspitzung des atomaren Wettrüstens wird es aber dann, wenn eine weitere Armee, also auch die Bundeswehr, mit Waffen ausgerüstet wird, die in Wahrheit mit konventionellem Sprengkopf keinen militärischen Wert besitzen. Die Ausstattung der Bundeswehr mit solchen Waffen bedeutet, daß im Konfliktfall die atomaren Sprengkörper auch verwendet würden. Sonst hätte man der Truppe ja einen Revolver ohne Munition gegeben.

Je stärker die militärische Führung und die taktische Ausbildung sich auf die Verwendung von Atomwaffen einstellen, desto unfähiger wird die Armee, sich einem Angriff zu widersetzen, dem nicht mit der Abschreckung durch die Vereinigten Staaten begegnet werden kann, desto unfähiger wird also die Armee zur Verteidigung in dem Fall, daß die Abschreckung versagt.

Diese Art Bewaffnung verbessert also nicht die Aussichten der Landesverteidigung, sondern verringert sie.

Deshalb nehmen Norwegen und Dänemark, zwei Gründungsmitglieder der NATO, keine Atomwaffen. Ihnen macht niemand mangelnde Bündnistreue zum Vorwurf, weil sie den Bemühungen zur Begrenzung und schließlich Beendigung des atomaren Wettrüstens den Vorrang vor der Ausdehnung des atomaren Wettrüstens auf weitere Teilnehmer geben.

Wirksame Landesverteidigung ist eben in unserer Lage nicht mit der Ausstattung der eigenen Armeen mit Atomwaffen identisch. Der Satz: "Die eigene Truppe müßte genau so bewaffnet sein wie der eventuelle Gegner", wird in dieser Diskussion zwar oft von den Regierungsparteien verwendet, aber zu unrecht. Minister Strauß nimmt ihn nämlich für die Bundeswehr in Wahrheit nicht in Anspruch. Sonst müßte er für die Bundeswehr sowohl die Wasserstoffbombe als auch die ganze Skala sogenannter strategischer Waffen verlangen. Die Sowjetunion verfügt darüber. Dennoch erklärt der Minister, daß er diese Waffen nicht wünsche.

Die Linie, wo aus Gründen der Sicherheit der Bundesrepublik und aus weltpolitischen Gründen die Grenze zu ziehen ist, steht daher zur Diskussion.

Ob man diese Linie irgendwo zwischen den Massenvernichtungsmitteln zieht, wie Minister Strauß, der allerdings selbst nicht genau sagt wo, oder zwischen diesen und den wirklichen Waffen, deren Wirkung militärisch begrenztbar ist, hat mit dem Bekenntnis zur Landesverteidigung nichts zu tun. Darüber kann man sich sachlich auseinandersetzen. Statt dessen sucht man in dieser Frage die Opposition zu diffamieren und die Bundeswehr gegen sie aufzustacheln. Dabei sollte man wissen, daß man die Demokratie in unserem Lande gefährdet, wenn man erneut eine Kluft zwischen der Bundeswehr und einem großen Teil unseres Volkes aufreißt.

Bei diesen Diffamierungsversuchen scheut man nicht vor Fälschungen zurück. Der Verteidigungsminister hat am 22. Juli 1960 bekanntgegeben:

"Fritz Erler hat heute im Saarländischen Rundfunk erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei nach wie vor gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit modernen Verteidigungswaffen sei". Das Zitat ist falsch. Nichts dergleichen habe ich gesagt. Von "modernen Verteidigungswaffen" war gar nicht die Rede. Wohl aber habe ich mich gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit Waffen gewendet, "deren militärische Verwendbarkeit ohne atomaren Sprengkörper sinnlos ist".

Aus politischen und militärischen Gründen gleichermaßen halten wir das Hineinziehen der Bundesrepublik Deutschland in das atomare Wettrüsten für falsch. Es beschwört eine allgemeine Verteilung der Atomwaffen auch an kleinere Staaten herauf, zerstört damit das Gleichgewicht und vergrößert die Gefahren. Es verstärkt auch unsere Sicherheit nicht, sondern schwächt sie, weil es die Bundeswehr so in Abhängigkeit von den Atomwaffen bringt, daß sie ihre Verteidigungsaufgabe ohne Selbstzerstörung von Land und Volk nicht mehr erfüllen könnte.

Der Verteidigungsminister versucht, die Opposition in die Mitverantwortung für seine Politik, jetzt sogar für die Ausstattung der Bundeswehr mit der "Polaris", hineinzuziehen. Statt dessen sollte er dem Verteidigungsausschuß des Bundestages erst einmal genau Aufschluß darüber geben, in welcher Weise nach seiner Ansicht die Bundesrepublik Deutschland ohne Selbstzerstörung von Land und Volk wirksam verteidigt werden kann und welches die Aufgaben der Bundesrepublik in der westlichen Verteidigung sind, wenn die Abschreckung aus geographischen und militärpolitischen Gründen sowie wegen einer vernünftiger Arbeitsteilung innerhalb der Allianz vor allem Sache der Vereinigten Staaten von Amerika ist. Außerdem sollte die Bundesregierung den Verteidigungsausschuß und den Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages darüber unterrichten, welchen Beitrag sie zu leisten gedenkt, um der allgemeinen Verteilung von Atomwaffen an bisher noch nicht damit ausgestattete Armeen und der damit heraufbeschworenen Gefahren entgegenzuwirken. Bisher hat sich die Bundesregierung darauf beschränkt, die allgemeine, kontrollierte Abrüstung zu fordern. Das tut Chruschtschow auch. Zu praktischen Anregungen hat sie selbst innerhalb der westlichen Allianz nur Bedenken geäußert. Es wäre nützlich, wenn die Bundesregierung aber auch auf diesem Gebiet im NATO-Rat positive Gedanken, wie man die Abrüstung schrittweise fördern kann, zumindest unterstützen, wenn nicht sogar mit anregen würde.

Hier schließt sich der Kreis. Eine sorgfältige Bestandsaufnahme erweist sich auch in der Sicherheitspolitik als erforderlich.

### Willkommener Gast aus Thailand

B.D. - Der achttägige Staatsbesuch des jungen thailändischen Königs Bhumibol Adulyadej in der Bundesrepublik ist ein Ereignis von nicht geringer Bedeutung. Der König und seine Gattin sind die obersten Repräsentanten eines Landes, das auch in den Zeiten des europäischen Kolonialismus in Asien nie seine staatliche Unabhängigkeit verloren hatte, auch wenn es Gebietsverlust hinnehmen musste.

König Bhumibol erfreut sich sowohl in Thailand selbst als auch im Ausland eines grossen persönlichen Ansehens, das nicht zuletzt in der Aufgeschlossenheit des Monarchen den sozialen und technischen Veränderungen unseres Zeitalters gegenüber seine Wurzel hat.

Thailand hat keine leichte innenpolitische Entwicklung hinter sich. Und auch heute weiss niemand, was die Zukunft noch an Problemen für die 32 Millionen Einwohner, die grösstenteils dem buddhistischen Glauben anhängen und in ihrer Mehrzahl Bauern sind, bereithält. Die Armee gehört seit langen zum einflussreichsten politischen Faktor im Lande. Wechselnde militärische Diktaturen, unterbrochen von halb-zivilen, aber autoritären Regierungen, haben den verfassungsrechtlichen Charakter einer konstitutionellen Monarchie, den Thailand besitzt, oft nahezu verdeckt. Es ist kein Geheimnis, dass der junge König grosse Schwierigkeiten hat, sein Amt gegenüber den Militärs und den ihnen verbündeten politischen Oligarchien zu behaupten. Zur Zeit regiert im Lande Marschall Sarit Thanarat, der durch seinen Staatsstreich im Jahre 1958 das Parlament auflöste und das zivile politische Leben lahmlegte.

Thailand ist Mitglied der SEATO und stellt in den Augen der westlichen Verteidigungspläne im Pazifik ein wichtiges Bollwerk zur Verteidigung Südostasiens gegen die überall drohenden Gefahren einer kommunistischen Infiltration und Invasion dar. Das Verhältnis zu seinem nördlichen Nachbarn Laos ist gespannt; die ständigen Grenz-aussinandersetzungen tragen nicht gerade zur Beruhigung der Lage bei.

Die Weltreise König Bhumibols, die ihn nun auch in die Bundesrepublik geführt hat, wird von vielen Beobachtern unter anderem als ein Versuch gewertet, die Stellung des Monarchen gegenüber Marschall Thanarat zu erhöhen und den persönlichen Einfluss durch das unzweifelhaft gewonnene Ansehen in Thailand selbst politisch umzusetzen. Sollte dies zutreffen, so wäre dem König Glück bei seinem Vorhaben zu wünschen, dessen Erfolg gewisse Prozesse in Südostasien einleiten könnte, die auf weite Sicht hin dem Westen nur nützen würden.

Der königliche Gast aus Thailand kann der Sympathie der deutschen Bevölkerung gewiss sein. Man darf hoffen, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern durch den Besuch von König Bhumibol in der Bundesrepublik noch gestärkt werden.

- + +



Die innere Sicherheit der Bundeswehr  
Anregungen für den Verteidigungsausschuß

sp - Im Zusammenhang mit Meldungen über die Desertion von Bundeswehrangehörigen in die Sowjetzone ist gelegentlich auch von der angeblich übermäßigen Verschuldung von Offizieren und Unteroffizieren gesprochen worden. Wir können die Richtigkeit solcher Hinweise nicht prüfen, meinen jedoch, daß es eine Aufgabe des Verteidigungsausschusses beim Bundestag wäre, auch diesem Problem seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Besonders in mittleren und kleinen Garnisonstädten werden oft dem Offizierscorps gesellschaftliche Verpflichtungen auferlegt, die im Vergleich zum Einkommen kostspielig genannt werden müssen. Ausserdem ist bekannt, daß zahlreiche Offiziere und Unteroffiziere bei Wiederaufnahme des Militärdienstes Anschaffungen für die Etablierung ihrer Familien machten, die ebenfalls nicht im Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Einkommen stehen. Die Folge davon sind Ratenkäufe und die Übernahme anderer ein normales Einkommen stark lädiierende finanzielle Verpflichtungen.

In dieses Kapitel gehört auch das Problem der überhöhten Mieten, über das unseres Wissens bereits bei zuständigen Stellen verhandelt wurde, dessen Lösung noch nicht zufriedenstellend erscheint.

Es ist selbstverständlich, daß ostzonale Infiltrationsbemühungen bei der Bundeswehr besonders dort einsetzen, wo man hofft, einen durch finanzielle Verpflichtungen überforderten Bundeswehrangehörigen "weich" machen zu können. Die Widerstandsfähigkeit gegenüber solchen Versuchen ist im wesentlichen von der Charakterstärke, aber auch von der inneren politischen Überzeugungskraft des "Jaworbenen" abhängig.

Deshalb sollte der Verteidigungsausschuß des Bundestages - wenn er sich dieses Problems annimmt - vom Bundesverteidigungsministerium eine möglichst klare Übersicht über die finanzielle Lage von Offizieren und Unteroffizieren verlangen, außerdem aber auch Wert darauf legen, daß durch eine ständige staatsbürgerliche Erziehung Charakter und demokratische Gesinnung gefestigt werden.



## "Essen ist eine einzige Baustelle"

Von Oberbürgermeister Wilhelm Nieswandt

"Essen ist eine einzige Baustelle" - diesen Ausruf kann man häufig von Passanten, Fahrgästen der Straßenbahnen, auswärtigen Besuchern und Tagungsteilnehmern hören. Daß gebaut wird in einer Stadt, die durch den Krieg bis zu 80 Prozent zerstört wurde, ist nichts besonderes. Aber daß seit Oktober 1956, als die SPD erstmals die absolute Mehrheit im Stadtparlament gewann, eine Reihe entscheidender und großzügiger Bauten begonnen und durchgeführt wurden, die für das Leben der Bürger Sicherheit und Fortschritt bedeuten, spricht auch den politisch uninteressierten Bürger an.

Im Wohnungsbau entwickelte die SPD besondere Pläne. Sie stellte das "Programm für Normalverbraucher" und das "Programm für junge Eheleute" auf. Erstmals wurden Summen für die Spitzenfinanzierung für 1000 Wohnungen für Normalverbraucher jährlich zur Verfügung gestellt. Im Programm für junge Eheleute wurden die Mittel für 500 Wohnungen gegeben. Primitive Notunterkünfte ließ man abreißen und erbaut, weil sie noch notwendig waren, mehr auf Einzelfamilien abgestellte Notunterkünfte.

Neben dem Wohnungsbau fand der Schulbau stärkste Förderung. Von 48 Schulen (39 Volksschulen, 5 Realschulen, 2 Gymnasien, 2 Berufsschulen) wurden seit 1957 fertiggestellt 14 Volksschulen, 8 Erweiterungsbauten, 2 Realschulen, 1 Gymnasium, 2 Erweiterungsbauten an Gymnasien sowie die beiden Berufsschulen. Vor diesen betragen die Kosten für die Kaufmännische Unterrichtsanstalten, die zwei Schulsysteme umfassen, allein 7 Millionen DM. Bei der zweiten Berufsschule handelt es sich um die Bildungsanstalt für Frauenberufe, die Kosten von 5,1 Millionen DM erforderte. Damit sind erstmals Gebäude für Berufsschulen erstellt worden. Die Verankerung des Regierungspräsidenten nannte die Frauenbildungsanstalt ein Vorbild für alle weiteren Bauten dieser Schulart.

Von den insgesamt etwa DM 160 Millionen DM, die seit 1949 für den Schulbau in Essen ausgegeben wurden, hat die Stadt allein etwa 60 Millionen DM aufgebracht, davon die Hälfte etwa seit 1956.

Mit dem Schulbau nahm in den letzten Jahren die Errichtung von Turnhallen einen erfreulichen Aufschwung. 19 Turnhallen für Schulen und 4 Turnhallen für die Sportjugend konnten in Betrieb genommen werden. Für 1960 sind weitere 7 Turnhallen geplant.

Im Norden der Stadt mit vorwiegend industriellem Charakter geht eine Bezirkssportanlage mit Freibad und Liegewiese seiner Vollendung entgegen. Im Nordwesten entsteht ein Hallenbad. Im Frühjahr 1960 kommt ein offizieller Campingplatz der Öffentlichkeit übergeben werden. Weitere Verbesserungen für den Sport bilden Ankleidehäuser und sanitäre Anlagen, die bereits auf 5 Sportplätzen errichtet wurden und für weitere 4 Sportplätze vorgesehen sind.

Große moderne Einrichtungen erhielten bei den weiteren Wiederaufbau die Städtischen Krankenanstalten. Erneuert wurden die Augen- und Ohrenklinik, sowie die Nervenklinik.

Für die Schaffung neuer Krankenhausbetten stellte der Rat DM 3 Millionen zur Verfügung. Der Neubau der Krankenhausküche ist soweit fortgeschritten, daß Ende des Jahres mit der Fertigstellung gerechnet werden kann. Die Kosten betragen DM 3 420 000. Ein Schwesterwohnheim konnte bezogen werden, das mit einem Kostenaufwand von DM 1,5 Millionen erbaut wurde. Das Gesundheitsamt befand sich in einem früheren Ledigenheim. Es wird in Kürze in ein neues Haus umziehen können, das mit Kosten von DM 1 890 000 erbaut wurde.

Für die bessere Unterbringung und Betreuung von Jugendlichen ist eine Mehrzweckeinrichtung mit Kindergarten, Kindertanz, Tagesraum und Stadtarztstelle im Bau (Kosten DM 430 000). Ebenso wird jetzt mit dem Neubau eines städtischen Zentraljugendheimes einschließlich Erziehungsberatungsstelle und städtischer Motterschule, die erstmals im Jahre 1959 eingerichtet werden konnte, begonnen.

Auf kulturellem Gebiet eröffnete der Oberbürgermeister im Mai 1960 den Gesamtneubau des Folkwang-Museums. Vier neue Bücherei-zweigstellen und eine Autobus-Bücherei konnten der Bevölkerung übergeben werden.

Die größte Leistung zeigte sich jedoch auf dem Gebiete des Strassenbaues. Abgesehen von den vielen Straßenerneuerungen und -erweiterungen in den Vororten und der "City", die wegen der Verkehrssicherheit notwendig sind, wurde das große Projekt des Ruhrschnellweges in Angriff genommen. Hier wird an zwei Bauabschnitten im Osten und im Westen der Stadt eine riesige Bodenunwälvung vorgenommen, um die Verkehrsführung kreuzungsfrei zu halten, den Verkehr also unter der Fahrbahn der Kreuzungsstraße zu leiten. Daneben sind zwei Umbauten von großen Verkehrsknotenpunkten der "City" mit je 15 Millionen DM Kosten im Bau. Die Verbreiterung und Verbesserung der beiden Hauptgeschäftstraßen der "City" haben sich bereits bewährt.

Die Belichtung der Stadt hat eine erhebliche Verbesserung erfahren. Große Verkehrsstraßen wurden mit modernen elektrischen Leuchten ausgestattet, die durch eine Zentralsteuerung in Betrieb gesetzt werden. Das sind allein einige Beispiele von der großen Baustelle der Stadt Essen seit 1956.

Auf wirtschaftlichem Gebiet konnte erreicht werden, daß sich die Verwaltungszentren großer Industriefirmen in Essen ansiedelten oder ihre neuen Verwaltungsbauten hier errichteten. So hat die Hauptverwaltung des RWE ihr neues Gebäude hier aufgebaut. Die Essener Steinkohlenbergwerke erbauten ein riesiges Verwaltungszentrum und schließlich läßt sich die Verwaltung der Firma Rheinstahl in einem Hochhaus von Riesenmaß nieder, das sich z.Zt. im Bau befindet. Geplant ist noch ein neues Gebäude des Postschekamtes im Herzen der Stadt.

Um die Parkplatznot zu beseitigen, sind 12 Terrassenparkhäuser geplant mit einem Kostenaufwand von DM 27 Millionen DM und etwa 6000 Einstellplätzen. Zwei Hochgaragen mit etwa 1500 Einstellplätzen sind bereits gebaut.

An all diesen das Stadtbild mächtig beeinflussenden Bauobjekten kann kein Bürger schloß vorübergehen, weil es auch zu seinem Nutzen ist. Er fühlt, daß hier Mut und Entkraft sowie Planung auf weite Sicht maßgebend sind und bekommt Vertrauen zu seinem Stadtparlament.

+ + +  
Verantwortlich: Günter Markscheffel